



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 03.12.2013

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Bode
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Etzinger
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Hummler
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Deeng

entschuldigt:

Herr Stadtrat Aßfalg

Gäste:

Herr Stadtrat Heinkele

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Buchmann, Kulturamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmerei
Herr Maucher, Umweltschutz
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Raumel, Stadtbücherei
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Herr Szollar, Volkshochschule
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Haushaltsplanentwurf 2014 - Gesamtliste Haushaltsanträge 2014 - Vorberatung	232/2013
2.	Verschiedenes - Plakatwand für Senioren	

Die Mitglieder wurden am 25.11.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 27.11.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 232/2013 zur Beratung vor. Angeschlossen ist dabei die Version, in der bereits die Ergebnisse der Hauptausschusssitzung eingetragen sind. Punkte, die mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt erklärt wurden, tauchen daher in der Regel im Protokoll nicht eigens auf.

Ziffer 2: Durchschnittswert zum Substanzerhalt Gebäudeflächen
- Antrag der FDP-Fraktion

StR Funk zeigt sich mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht zufrieden.

Frau Leonhardt antwortet, Basis für die Doppik seien die Herstellungskosten.

StR Abele meint, man habe aktuell wichtigere Themen zu erledigen.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag der FDP-Fraktion mit 2 Ja-Stimmen (StRe Bode, Funk) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Ziffer 8: Zukunft Pestalozzi-Haus
- Anfrage der SPD-Fraktion

StRin Kübler fragt, was 2015 im Haus geplant sei, welche Nutzung man beabsichtige und welche Kosten anfielen.

BM Kuhlmann lässt wissen, der Umzug der Verwaltung sei geplant. Der Abriss des Gebäudes erfolge nicht sofort, sondern man wolle abwarten, wie sich die Situation im Räumlichen Bildungszentrum entwickle.

StR Lemli kommt in die Sitzung.

Ziffer 19: Projekte beim ABBS
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele spricht den Aufgabenstau im Amt für Bildung, Betreuung und Sport an. Um ihn aufzulösen, habe man eine Stärkung des Amtes beantragt. Wenn diese greife, solle die Zahl der anstehenden Aufgaben dargelegt werden, damit unabhängig von Investitionen eine Prioritätenliste entwickelt werden könne.

Ziffer 48: WC-Anlagen auf städtischen Friedhöfen
- Anträge der SPD-, CDU- und FW-Fraktion

StR Abele meint, auch mangels Personalkapazität solle man das Thema angehen.

StRin Drews macht darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion regelmäßig beantrage, beim ehemals Katholischen Friedhof behindertengerechte WC-Anlagen aufzustellen. Als Probelauf, um dann sukzessive andere Friedhöfe anzupassen. Dies müsse noch im ersten Quartal des neuen Jahres angegangen werden.

BM Kuhlmann hält entgegen, dass dies nicht so einfach sei. Man müsse auf jedem Friedhof potenzielle Standorte suchen. Die heutigen Anforderungen an Barrierefreiheit seien überdies sehr hoch. Daher müssten drei Projekte geplant werden. Diese müssten vom Hochbauamt planerisch betreut werden und seien bisher auf der Investitionsliste nicht vorgesehen. Der Auftrag könne daher nur umgesetzt werden, wenn andere Projekte zurückgestellt würden.

StR Abele meint, dann solle die Maßnahme fremdvergeben werden oder die Verwaltung solle Alternativprojekte nennen, die zurückstellbar seien. Eventuell könnten die WC-Anlagen sukzessive umgesetzt werden.

StRin Drews plädiert dafür, beim Alten Evangelischen Friedhof zu beginnen und dann sukzessive mit den anderen Friedhöfen nachzuziehen.

OB Zeidler meint, damit sei der Ball bei der Verwaltung, die die WC-Anlagen auch wichtig finde, aber im Ergebnis zu einer anderen Priorisierung gekommen sei. Er **sagt zu**, dass die Verwaltung sich Lösungen überlegen werde.

Ziffer 56: Hochwasserschäden an Schulen
- Anfrage der SPD-Fraktion

StRin Drews bringt vor, auch im PG und WG verzeichne man immer wieder Hochwasser. Hier seien langfristige Lösungen erforderlich, um Schimmel vorzubeugen, der teilweise schon vorhanden sei. Eigentlich müssten die Räume saniert werden. Sie fragt, wie viel mehr Geld dann eingestellt werden müsste.

BM Kuhlmann erwidert, es seien Sanierungskonzepte für PG, WG und Mali-Schule erforderlich und die Umsetzung sei zeitlich eingetaktet in den Investitionsplan möglich. Man müsse abwägen, ob eine Untergeschosssanierung sinnvoll sei.

Ziffer 58: Investitionen Stadtbücherei
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele bringt vor, Herr Raumel habe die Tendenz, gerne auf 150 Prozent zu gehen. 100 Prozent seien aber auch ausreichend, weshalb die CDU-Fraktion die Mittel deckeln wolle. Was dann nicht beschafft werde, könne Herr Raumel entscheiden. Er weist darauf hin, dass die Standards insgesamt angemessen und manche auch zu hoch seien.

StR Späh meint jedoch, wenn Anschaffungen von der Stadtbücherei begründet seien, müsse deren Anschaffung auch möglich sein.

StR Funk bringt erneut den Gedanken ein, das Budget für den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt zu fassen.

StR Lemli fragt nach der Bedeutung der Aussage der Verwaltung, eine Deckelung sei prinzipiell möglich.

StR Abele betont, die CDU-Fraktion stehe hinter der Stadtbücherei und stelle Mittel zur Verfügung. Der Kostendeckungsbeitrag liege unter 18 Prozent.

StRin Goeth signalisiert die Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion.

Frau Leonhardt führt aus, man habe die Budgetierung auch des Vermögenshaushalts verschiedentlich angesprochen. Dort seien die Sprünge gewaltig, weshalb keine Verstetigung des Budgets erreicht werden könnte.

StR Funk spricht sich gegen den CDU-Antrag aus, da er zu dessen Beurteilung erfahren müsste, was im Budget vorgesehen sei.

StR Lemli fragt, was gefährdet wäre, sollte dem Antrag der CDU-Fraktion zugestimmt werden.

Herr Raumel erwidert, er habe 74 000 Euro beantragt und nun würden 43 000 Euro angemeldet, von denen 25 000 Euro für Ersatzbeschaffungen gebunden seien. Der Spielraum von 5 000 Euro sei daher sehr knapp.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mit 8 Ja-Stimmen (OB Zeidler, StRe Abele, Deeng, Etzinger, Goeth, Hagel, Hummler, Walter) und 7 Nein-Stimmen **angenommen**. Somit werden anstelle der angemeldeten 43 950 Euro nur 30 000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Nr. 60: Mobile Rampe für Rollstuhlfahrer an der Stadthalle
- Anfrage der Freien Wähler-Fraktion

StRin Kübler bringt vor, die SPD-Fraktion habe bereits vor Jahren eine Rampe beantragt und diese sei aus rechtlichen Gründen abgelehnt worden.

Herr Buchmann legt dar, dass die Rampe als Evakuierungsmöglichkeit für Gehbehinderte benötigt werde. Sie werde mehr als 6 Prozent Steigung haben, was im Grenzbereich liege. Es müsse geprüft werden, ob diese Neigung geeignet wäre, die Rampe auch als Eingang zu nutzen. Es sei ohnehin beabsichtigt die Stadthalle nach und nach barrierefreier zu gestalten.

Nr. 62: Bürgercard
- Antrag der SPD-Fraktion

StRin Drews findet die Stellungnahme der Verwaltung befremdlich. Dem Gemeinderat müssten verschiedene Optionen vorgelegt werden und man müsse sich mit anderen Kommunen vergleichen. In der Presse werde Biberach als reiche Stadt dargestellt, sie sei jedoch die einzige ohne eine Bürgercard. Die SPD-Fraktion wünsche sich eine zeitnahe Umsetzung.

Herr Maucher lässt wissen, Anfang 2014 werde er vermutlich der Bürgermeisterkonferenz ein neues Konzept vorlegen können.

OB Zeidler fügt an, es sei ein Modell angedacht, das stufenförmig ausgebaut werden könnte. Der aktuelle Sachstand könne in einem kleinen Bericht dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden.

Nr. 63: Zuschuss an die Bauhütte Simultaneum
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele wirbt für den CDU-Antrag, der ein Dank an alle wäre, die sich in der Bauhütte einbrächten und Geld eingebracht hätten. Es solle ein einmaliger Zuschuss sein, damit erste Maßnahmen umsetzbar wären und etwas sichtbar würde, damit weitere Bürger sich beteiligen. Sofern die Vorleistungen noch nicht so weit seien, müsse der Zuschuss nicht zwingend 2014 bereitgestellt werden. Man solle aber verbindlich festschreiben, dass 2015 Mittel bereitgestellt würden.

StRin Kübler erinnert an den SPD-Antrag aus dem Vorjahr zur Thematik, den sie aufgrund der Verwaltungszusage zurückgezogen habe, dass ein Investitionszuschuss bewilligt werde, wenn die Planung stehe. Bislang bestünden keine Pläne zur Heizungserneuerung und der Antrag der CDU-Fraktion habe daher etwas verwundert, wobei ihre Fraktion ihm gerne zustimme, da man die Stiftung gerne unterstützen wolle. Es sei klar, dass man die Kirche nicht alleine lassen dürfe.

StRin Goeth signalisiert die Zustimmung zum Antrag, zeigt sich aber verwundert, dass eine Festschreibung für 2015 gewollt werde.

StR Dr. Schmid zollt dem Engagement der Bauhütte Respekt und signalisiert einem Zuschuss 2015 zuzustimmen, wenn die Planung entsprechend weit gediehen sei.

StR Funk führt aus, er habe schon vor Jahren signalisiert, dass man gegenüber der Kirche in der Mitverantwortung stehe und wünsche, dies als Merkpunkt in der Investitionsliste aufzunehmen. Er appelliert, die normale Reihenfolge einzuhalten, sprich eine Maßnahme zu planen, die Kosten festzulegen und dann den Bauablauf. Ein deutliches Signal, dass man sich in der Mitverantwortung sehe, müsste seines Erachtens ausreichend sein.

BM Kuhlmann erinnert daran, dass man vor einem Jahr mitgeteilt habe, dass man die Sanierung grundsätzlich als städtische Aufgabe sehe und dass zunächst die Außenfassade und dann die Heizung saniert werden solle. Jetzt werde dies umgedreht. Der Heizungstyp sei aber nach wie vor unklar. Voraussichtlich im Januar oder Februar 2014 werde eine technische Lösung zur Heizung vorliegen.

StR Späh bringt die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung ins Spiel, worauf Frau Leonhardt zu verstehen gibt, wenn der politische Wille erklärt werde, im Haushalt 2015 die erforderlichen Mittel einzustellen, sei eine Verpflichtungsermächtigung ihres Erachtens nicht notwendig.

StR Hummler meint, alle seien sich einig und man müsse keine Sorge haben, dass 2015 eine andere politische Entscheidung getroffen werde, daher müsse man jetzt nicht zwingend Beschlüsse fassen, sondern könne die Absichtserklärung formulieren, 1 Mio. Euro Zuschuss an die Bauhütte zu geben, sobald entsprechende Pläne vorliegen.

StR Walter moniert, dass immer noch Stiftung und Bauhütte vermischt würden. Die Bauhütte habe nur den Auftrag Geld für die Heizung aufzubringen. Eine städtische Zusage könnte pushen, um 2015 wirklich mit der Sanierung beginnen zu können.

StR Funk wirbt dafür, die Maßnahme in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen und durch den OB deutlich signalisieren zu lassen, dass man die Maßnahme unterstütze. Es müsse klar werden, welche nachhaltige Mitverantwortung die Stadt habe.

StR Abele erklärt sich damit einverstanden, eine Million Euro in die mittelfristige Finanzplanung 2015 einzustellen und modifiziert den Antrag entsprechend.

Der Antrag, eine Million Euro Gesamtfinanzierungsmittel 2015 für die Bauhütte Simultaneum in der mittelfristigen Finanzplanung bereitzustellen, wird einstimmig angenommen.

Nr. 65: Abenteuerspielplatz
- Antrag der SPD-Fraktion

StRin Kübler zeigt sich mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht ganz zufrieden. Es gehe bei dem Antrag um mehr. Man tue sich bei der Beurteilung der Aktivitäten oft schwer. Daher wolle man sich bei anderen Einrichtungen kundig machen oder einen Experten einladen, um neue Erkenntnisse zu erhalten.

StR Abele sieht zunächst den Verein in der Pflicht und meint, vorher werde man auch keine Informationsfahrt durchführen.

StRin Goeth zeigt sich mit der Verwaltungsantwort einverstanden.

StRin Kübler meint, die Zeit laufe davon und man lasse den Verein im Regen stehen, da er nicht wisse, wie es dann 2015 weitergehe. Die neue Vereinsspitze sei an der Erarbeitung des Konzeptes und der Gemeinderat könnte sich parallel informieren.

OB Zeidler meint, man habe sich im Mai mit dem Thema beschäftigt und in einem Jahr sollte der Verein in der Lage sein, ein Konzept zu entwickeln, wie der Verein auf sichere Füße gestellt werden könnte. Es gehe um die Finanzierung und nicht um ein Betriebskonzept.

StR Abele bezeichnet das Anliegen als ehrenwert und die CDU habe auch den Beschluss für weitere Unterstützung mitgetragen. Man dürfe sich jedoch nicht in Vereinspolitik einmischen. Eventuell könne über Jugend Aktiv eine Expertise entwickelt werden.

StRin Kübler zieht daraufhin den Antrag zurück.

Nr. 66: Zuweisungen für Ferienlager
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele zeigt sich erfreut, dass die Verwaltung den Antrag mittrage.

StRin Kübler bezeichnet Ferienfreizeiten als tolle Sache. Bisher habe die Verwaltung immer erklärt, dass kein Vereinsantrag vorliege und daher auch keine Notwendigkeit zur Zuschusserhöhung bestehe. Mit dieser Begründung seien mehrfach SPD-Anträge abgelehnt worden. Sie fragt, was sich in der Verwaltung verändert habe.

OB Zeidler lässt wissen, er habe an dieser Stelle von seinem Direktionsrecht Gebrauch gemacht.

StR Späh bringt vor, auch die Grünen hätten vor zwei Jahren einen entsprechenden Antrag gestellt und er sei wie von StRin Kübler vorgetragen, abgelehnt worden.

Ohne weitere Aussprache stimmt der Hauptausschuss einstimmig dem Antrag zu, Zuweisungen für Ferienlager von 3 auf 4 Euro pro Kind und Tag zu erhöhen.

Nrn. 68 + 69: Fortschreibung Investitionsplanung

- Anträge der FDP- und CDU-Fraktion

StR Funk erklärt, er akzeptiere den Verwaltungsvorschlag zu einer Klausurtagung im Frühjahr 2015, finde es aber vorstellbar, das Investitionsprogramm bereits im Frühjahr 2014 fortzuschreiben. Dann könnte das ABBS planen und dann eine zweite Fortschreibung vorgenommen werden.

StR Abele meint, eine Klausurtagung im Jahr 2015 bedeute nicht, dass 2014 keine Prioritäten diskutiert würden.

Ziffer 71: Sanierung Mittelberg-Grundschule

- Antrag der SPD-Fraktion

StR Abele zeigt sich verwundert, dass bei dieser Position von der Verwaltung erklärt werde, ihre Kapazitätsgrenze sei erreicht und andererseits werde beim vorherigen Punkt mit dem Umbau der Küche im ersten Obergeschoss im Rathaus ein neues Thema aufgemacht. Er meint, zuerst müssten laufende Prozesse abgearbeitet werden. Er bittet, einen Sperrvermerk an die 68 000 Euro anzubringen.

Frau Leonhardt hält entgegen, dies sei nicht erforderlich, da es sich um eine Position in der Finanzplanung handle.

Nr. 79 : Öffentliches WLAN im Rathaus

- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele fragt, ob ein offenes WLAN geplant sei. Der Empfang sei in der Stadt sehr schwierig, ebenso im Rathaus.

Herr Simon legt dar, dass kein völlig offenes WLAN geplant sei, sondern mittels Authentifizierung, die Gemeinderäte einmalig erbringen müssten. Dies sei aus Sicherheitsaspekten erforderlich.

StR Abele bittet über die Möglichkeit eines WLAN-Angebotes in der Stadt im Zuge der Bürgerorientierung nachzudenken.

StR Dr. Schmid unterstreicht dies, wollte man eine kundenfreundliche Stadt sein und bleiben.

BM Kuhlmann lässt wissen, man habe dies bereits diskutiert und sei aktiv geworden. Er habe einen Brief an den Gemeindetag und Städtetag adressiert, damit im größeren Rahmen etwas in Gang komme. Es fänden auch schon Gespräche mit Mobilfunkanbietern statt und mit einem Anbieter am Marktplatz kläre man die Frage eines Hotspots am Marktplatz.

Der CDU-Antrag ist damit erledigt.

Ziffer 82: Weiterentwicklung der Hortsituation

- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele bringt vor, 2013 sei eine schwierige Situation gewesen, da die notwendigen Überlegungen nicht angegangen worden seien. 2014/2015 dürfe keine ähnliche Situation eintreten. Bei Engpässen müsse der Gemeinderat frühzeitig informiert werden, damit rechtzeitig reagiert werden könne.

Nrn. 83 und 84: Evaluation Mensabetrieb und Bezuschussung Mensaessen
- Anträge der CDU- und SPD-Fraktion

StR Abele zeigt sich mit der Verwaltungsantwort zufrieden. Der Mensazuschuss sei ein Thema, das im Rahmen der Evaluation entschieden werden müsse.

OB Zeidler lässt wissen, Frau Prof. Dr. Winkler fertige eine Studienarbeit für die Stadt zur Evaluation der Mensen. Diese könnte im Frühjahr 2014 erfolgen.

StRin Drews meint, dabei müsse dringend über den Zuschuss und auch die Essensqualität gesprochen werden.

StR Funk spricht sich gegen den SPD-Antrag auf höhere Bezuschussung des Mensaessens und für den CDU-Antrag zur Evaluation aus. Er habe bereits am 17.09.2008 den Antrag gestellt, wenn die Verwaltung auf die Mehrwertsteuer optiere, dass dann 12 Prozent erstattet werden könnten.

StR Späh bezeichnet eine Evaluation als sinnvoll. Beim Mensapreis wäre eine Sozialstaffelung wichtig und nicht pauschal ein Euro Zuschuss zu gewähren.

Nrn. 85 und 86: Schulsozialarbeit
- Anträge der Freien Wähler- und der SPD-Fraktion

OB Zeidler kündigt an, am 16.12. stelle Prof. Fröhlich seine Ergebnisse vor und im Frühjahr könne dann über die Schulsozialarbeit entschieden werden.

StRin Kübler fände es wichtig, Mittel bereitzustellen, gegebenenfalls mit Sparvermerk versehen.

Frau Leonhardt erwidert, die Finanzierung sei über die Deckungsreserve in Höhe von 100 000 Euro abgesichert.

Nr. 88: Städtepartnerschaft Türkei
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Walter gibt zu verstehen, die türkische Partnerschaft liege am Herzen und die CDU-Fraktion sei davon ausgegangen, dass schnell mit türkischstämmigen Bürgern Kontakt aufgenommen werde. Dies hätte man als logischen Einstieg gesehen, statt über das Generalkonsulat vorzugehen. Man wünsche sich mehr Dynamik in der Sache.

Herr Buchmann lässt wissen, man habe mit türkischen Mitbürgern gesprochen und mehrere Bürgerreisen durchgeführt, es müsse aber auch die offizielle Schiene eingehalten werden. Frau Engelhardt habe nur beschränkte zeitliche Kapazitäten für zusätzliche Aufgaben.

StRin Kübler spricht auf die Schulpartnerschaft des PGs mit einer türkischen Schule an und meint, man solle sich mit dem Aufbau Zeit lassen und gut abwägen, damit eine beständige Partnerschaft entstehe.

Herr Buchmann erwidert, die PG-Partnerstadt liege nicht in einer Landschaft, die man im Blick habe und die Stadt sei von der Größe für Biberach ungeeignet, zumal sie schon eine deutsche Partnerstadt habe.

Nr. 91: Familienbericht
- Anfrage der SPD-Fraktion

StRin Kübler bemängelt, der Familienbericht sei bereits drei Jahre alt und sie habe den Eindruck, er sei für die Schublade gefertigt. Sie hoffe, dass es mit dem Familienwegweiser weitergehe und Maßnahmen nicht noch zwei Jahre dauern. Da Frau Engelhardt nur zu 20 Prozent Familienbeauftragte sei, müsse im Laufe des Jahres besprochen werden, wie wichtig dieser Bereich eingeschätzt werde. Die CDU-Fraktion habe den Familienbericht in Auftrag gegeben, weshalb Ergebnisse ihr ein Anliegen sein müssten. Sie meint, es sei ein ganzheitlicher Ansatz mit Denkwerkstatt erforderlich.

Ziffern 92 bis 94: Kindergartengebühren
- Anträge der FDP- und SPD-Fraktion

OB Zeidler hebt auf die öffentliche Behandlung im Gemeinderat am 09.12.13 ab.

StR Funk bittet in der Vorlage Drucksache 225/2013 nachzuliefern, was das letzte Jahr Kindergartenjahr kostenfrei anzubieten kosten würde. Auch die in Ziffer 94 geforderten Positionen seien für die Gemeinderatsarbeit erforderlich.

StRin Goeth meint, die Verwaltung habe aktuell viel anderes zu tun und auch StR Späh bittet, sich bei Anträgen an den aktuellen Möglichkeiten der Verwaltung zu orientieren. Aktuell bestehe beim ABBS ein Engpass.

StR Funk entgegnet, auf Seite 193 im Haushaltsplan stehe im Prinzip fast alles für die städtischen Kindergärten. Dies müsse nur für alle Kindergärten gemacht werden. Überdies habe man eine personelle Aufstockung beschlossen, so dass es möglich sein sollte, Derartiges aufzuarbeiten.

OB Zeidler erklärt, wenn Herr Funk sich mit der Lieferung zur nächsten Haushaltsberatung zufrieden erkläre, sei dies in Ordnung. StR Funk erklärt sich hiermit einverstanden.

Nr. 100: Dollinger-Sporthalle
- Antrag der SPD-Fraktion

StR Abele zeigt sich mit dem Ansinnen einverstanden, wenn die Verwaltung Verhandlungsmöglichkeiten sehe. Es liege auch der CDU-Fraktion am Herzen. Dass ein Abriss als Schildbürgerstreich empfunden werde sei klar, man müsse aber das Gesamtpaket sehen, das man mit dem Land geschürt habe.

StR Funk meint ebenfalls, man habe mit diesem Gesamtpaket große Strukturveränderungen in der Stadt beschlossen, weshalb die Stadt nicht Einzelteile herausbrechen könne. Er unterstützt den Auftrag beim Land eine Anmietung anzufragen.

OB Zeidler sagt zu, die Verwaltung werde das Gespräch mit dem Land mit Ziel einer vorübergehenden Anmietung der Dollinger-Sporthalle suchen.

Nr. 111: Grundsteuerhebesätze
- Anträge der FDP-, FW- und SPD-Fraktion

StRin Goeth meint, man habe ein Ausgabenproblem und nicht ein Einnahmeproblem. Es herrsche ein großer Bauboom, der etwas entschleunigt werden sollte. Dafür könnte man die Bürger etwas an den Einnahmen teilhaben lassen, was mit einer Grundsteuerhebesatzsenkung erreicht werden könnte.

StR Funk schließt sich diesen Ausführungen an und ergänzt, dass darin keine Zukunftsspekulation enthalten sei. Die Senkung müsse mindestens fünf Jahre durchgehalten werden und damit würde die Entscheidung aus dem Jahr 2010 zurückgenommen.

StR Abele führt aus, Steuersenkungen seien nie schlecht, wenn man sie sich leisten könne. Behalte man die Senkung fünf Jahre bei, bedeutete dies 1,5 Mio. Euro, was 20 Mio. Euro weniger Grundsteuereinnahmen entspreche. Er bezeichnet es als richtig, die Schlagzahl der Maßnahmen zu überlegen und künftigen Gemeinderäten auch noch Entscheidungen zu belassen. Man habe aber vieles auf den Weg gebracht, das fortgeführt werden müsse, weshalb man nicht die Einnahmen abschneiden dürfe. Aktuell stimme die CDU-Fraktion nicht zu, was nicht bedeute, dass dies für alle Zeit und Ewigkeit gelte.

StR Lemli meint, man müsse sich nicht vorwerfen lassen, mit dem Geld nichts Vernünftiges getan zu haben. Er plädiert, die Hebesätze nicht zu verändern, um angestoßene Projekte weiter voran zu bringen.

StR Späh sieht dies ebenso. Die Hebesätze lägen noch unter dem Landesdurchschnitt und zur Umsetzung von Zielen auch im Bereich der Klimapolitik seien Finanzmittel erforderlich.

StR Hummler erinnert an die Geschichte der Hebesatzerhöhung, die man im Zuge der Finanzkrise vorgenommen habe. Die guten Zustände seien wieder hergestellt und schon im Folgejahr die Einnahmen höher gewesen als 2008. Wäre diese Entwicklung absehbar gewesen, hätte die Hebesatzanhebung vermutlich gar nicht stattgefunden. Alle Finanzmitteln kämen von den Bürgern und den Firmen, die sie erwirtschafteten und mit der Hebesatzsenkung wolle man ihnen ein Stück weniger abverlangen.

EBM Wersch betont, dass eine Hebesatzänderung mittelfristig betrachtet werden müsse. Er gibt zu bedenken, dass man seit der Erhöhung in vielen Bereichen auch Gebühren gesenkt und Zuschüsse erhöht habe, sprich Beschlüsse seien gefasst worden, die zur Schwächung der Einnahmesituation führten. Gleichzeitig habe man die Ausgaben für den Straßenunterhalt, Gebäudesanierungen, Sportvereinsförderung und das Thema Sicherheit erhöht. Er nennt weitere Stichworte wie Streetworker, Stadtsanierung, Roter Bau und Wielandstiftung. Es könne daher von keiner unausgewogenen Mittelbereitstellung die Rede sein. In der mittelfristigen Finanzplanung seien signifikante Einnahmewachse erforderlich, um die auf den Weg gebrachten Aufgaben schultern

zu können. Auf Basis dieses Wissens bezeichnet er es als nicht seriös, von 105 Mio. Euro oder mehr Gewerbesteuerereinnahmen auszugehen.

Die Anträge auf Senkung der Grundsteuerhebesätze werden mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

Nr. 119: Rekommunalisierung Wasser
- Antrag der SPD-Fraktion

StR Lemli wirbt für bessere Information des Gemeinderats über Aktivitäten der Stadtwerke und der e.wa riss. Beispielsweise könnte nichtöffentlich über die aktuelle Lage in Sachen Wasser informiert werden.

EBM Wersch bezeichnet dies als vorstellbar. Er habe Gespräche geführt und halte eine mündliche Erläuterung noch 2013 für möglich.

Nr. 122: Wohnungswirtschaft
- Antrag der SPD-Fraktion

StR Lemli hebt auf die aktuell niedrigen Zinsen ab und die Überlegung der SPD-Fraktion, wie das Geld so angelegt werden könnte, dass ein Mehrwert erzielt würde. Dies könnte durch eine Eigenkapitalstärkung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft erfolgen, was gut angelegtes Geld wäre und die Wohnungssituation verbessern würde.

StR Hagel meint, eine günstige Wohnraumförderung sei unumstritten, soweit diese für die Stadt rechtlich zulässig sei. Der SPD-Antrag sei jedoch von Wunschenken getragen, da auf die ersten 15 bis 20 Jahre mit Negativerträgen gerechnet werden müsse. Die Investition wäre also nur insofern lohnend, als Wohnraum geschaffen würde, aber nicht zur besseren Verzinsung der Rücklage. Seines Erachtens habe der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft auch kein Rücklagenproblem.

StRin Goeth sieht dies ebenso und meint, Wohnungsbau sei nicht für eine kurzfristige Rücklagenanlage geeignet.

StR Funk bittet, die angekündigte Vorlage zur Wohnraumsituation abzuwarten, ehe über den Bau von 15 Wohnungen durch den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft entschieden werde.

EBM Wersch meint, im Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft werde gute Arbeit geleistet. Der Wohnungsbau im Talfeld sei seit einiger Zeit vom Gemeinderat im Gespräch. Die Weichen seien gestellt und eine Vorlage an den Gemeinderat unterwegs. Auch ein Mietraumbericht sei in Arbeit, werde aber voraussichtlich erst im ersten Quartal 2014 fertig. Eigenkapital in den Eigenbetrieb zu führen, bezeichnet er als nicht sinnvoll.

StR Lemli bittet den Gemeinderat, frühzeitig zu Überlegungen zum Krankenhausareal mitzunehmen.

EBM Wersch erwidert, hier sei der Eigentümer in der Pflicht, der aktuell nichts hören lasse. Virulent werde diese Frage aber erst, wenn der Klinikneubau erstellt sei, also in den Jahren 2018 folgende.

Nr. 123: Preisgünstiges Bauen Hochvogelstraße
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele nennt als Intention des Antrags, von Seiten der Stadt nicht an der Obergrenze des Preises zu bleiben, wenn man gleichzeitig von Unternehmen preisgünstige Lösungen erwarte.

StR Lemli unterstreicht dies. Es solle nur ein kostendeckender Preis angesetzt werden.

EBM Wersch erwidert, die GPA setze den Marktwert an.

Nrn. 124 und 125: Bauplatzvergabekriterien überarbeiten
- Anträge der CDU- und SPD-Fraktion

StR Abele hält die Grundsatzdiskussion für erforderlich, ehe die Bauplätze von Rißegg und Staf-flangen in die Vergabe kämen.

EBM Wersch sagt dies zu.

Nr. 127: Denkwerkstatt 2025
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele zeigt sich erfreut, dass die Verwaltung die Initiative begrüße. Die genannte Summe von 100 000 Euro habe ihn überrascht.

EBM Wersch antwortet, Fellbach habe ähnliches vor einigen Jahren gemacht und 100 000 Euro Mittel bereitgestellt und drei Büros angeschaut. Die Verwaltung könnte die Aufgabe zwar auch selbst leisten, das Ergebnis würde dann aber vermutlich nicht akzeptiert. Er plädiert, dies in einem Kamingespräch zu thematisieren.

StRin Goeth hebt auf die sehr guten Erfahrungen mit der Zukunftswerkstatt Familie ab. Sie plädiert, über das Thema in einem kleineren Rahmen zu diskutieren.

StR Späh bezeichnet den Ansatz ebenfalls als richtig und sinnvoll. Er könnte sich auch vorstellen, dies ohne externe Moderation zu machen, wenn die Verwaltung dies als möglich erachtete.

Stadtwerkethemen – ÖPNV
- Anträge der CDU-Fraktion

StR Walter meint, eine bessere Busanbindung der Stadtteile obliege der Entscheidung des Gemeinderats. Er hält eine Gleichbehandlung zwischen Talfeld, Bergerhausen, Fünf Linden und dem Mittelberg für erforderlich. Letzterer werde im Halbstundentakt bedient und andere Gebiete nur im Stundentakt.

StR Funk hat nichts dagegen, wenn etwas aus dem Themenfeld der Stadtwerke auf den Gemeinderatstisch komme, plädiert aber für einheitliches Vorgehen.

StR Abele meint, zur Fahrgastinfo wäre eine Lösung wie beim Landratsamt positiv.

Anschließend fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Haushaltsplan mit den beschlossenen Änderungen wird zugestimmt.

OB Zeidler bezeichnet das Experiment der öffentlichen Haushaltsvorberatung als gelungen.

TOP 2 Verschiedenes - Plakatwand für Senioren

StRin Drews plädiert, eine neue Plakatwand für Seniorenangebote in der Innenstadt, den Stadtteilen und den Ortsteilen zu errichten.

OB Zeidler sagt zu, dies ergebnisoffen prüfen zu lassen.

Hauptausschuss, 03.12.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Zeidler
Stadtrat:	Hagel
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann